

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsges. bei dgl. Verwalt. Besetzung bei  
Danz. vom 1. 1. 38; Verlegung DR. 8.30  
Nr. 44. 44. 44. 44. 44. 44. 44. 44. 44. 44.  
Nr. 20. 20. 20. 20. 20. 20. 20. 20. 20. 20.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marten-  
straße 38/42. Fernruf 25251. Postfachkonto 1068 Dresden  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Unterschiedsgerichte Dresden und des Schiedsrichters beim  
Oberverwaltungsamt Dresden

Abdruckrechte in Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierten  
(20 mm breit) 11.4 Rpfr. Nachdruck nach Artikel 2  
Bismarckgesetz u. Reichsgesetz über Verlags-  
rechte 8 Rpfr. - Strafrecht, 30 Rpfr. - Nachdruck  
aus dem Buchhandel ohne schriftliche Genehmigung  
des Verlegers ist strafbar

## Sokol-Größenwahn in tollen Formen

### Freche Herausforderung: Das „tschechische“ Wien

Eigenbericht der Dresdner Nachrichten

Dresden, 28. Juni.

Meist entgegenkommen als die deutschen Behörden kann man wahrhaftig nicht zeigen. Wir haben bereits gemeldet, daß die deutschen Behörden den in Wien lebenden Tschechen, die am Sokolkongress in Prag teilnehmen wollten, nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg legten. Ja, sie förderten deren Reise sogar, indem den 1400 Sokolen bereitwillig ein Sonderzug zur Verfügung gestellt wurde. Der tschechische Sokolkongress ist gegen Deutschland gerichtet. Das hat die Großzügigkeit der deutschen Behörden nicht beeinträchtigt. Es muß besonders unterstrichen werden, daß den Sokolen ohne weiteres erlaubt wurde, sogar in Uniform zu reisen. In wie starkem Gegensatz steht das zum tschechischen Verhalten. Erst kürzlich mußten wir berichten, wie Reichsdeutsche in der Tschecho-Slowakei von tschechischen Soldaten behandelt wurden, als sie völlig im gegenteiligen Rahmen die deutsche Flagge gehißt hatten. Auch folgendes ist bezeichnend: Obwohl während des Sokolkongresses die Prager öffentlichen und privaten Gebäude die Staatsflagge aller Staaten zeigten, aus denen Sokolen an dem Kongress teilnehmen, fehlt die reichsdeutsche Flagge völlig. Während ferner die Sokolabteilungen aus den anderen Ländern neben der tschechischen Flagge an hervorragender Stelle ihre Landesflagge mitführten, erließen die Sokolabteilungen aus Wien nur mit der tschechischen Flagge. Was aber die Dinge auf die Spitze treibt, ist die Tatsache, daß die tschechischen Blätter rühmend hervorheben, die Sokolen aus Wien seien von der Masse immer wieder mit dem Ruf „So lebt das tschechische Wien“ begrüßt worden.

Man weiß nicht, was hier namenswerter ist: die tschechische Unverschämtheit oder der tschechische Größen-

wahn. Jedenfalls bedeutet diese Tatsache eine freche Provokation. Tschechische Chauvinisten forderten bekanntlich 1919, daß Deutschland ungefähr bis vor die Tore Berlins tschechisch werden müsse, auch unsere schöne Stadt Dresden mit. Welches krause Zeug in tschechischen Wehrtruppen, geht daraus hervor, daß die sechsundsiebzig Millionen Tschechen jetzt anscheinend auch das deutsche Wien ihrem eigenartigen Staatsgötze einverleiben möchten. Man könnte das als einen Witz abtun, wäre es nicht aufschlußreich für die Weltrechtsverfassung gewisser tschechischer Kreise. Diese haben aus der tschechischen Staatskrise nicht das geringste gelernt. Verschämtheit gehört nicht zu ihren Tugenden. Ja, selbst das Gefühl für das Krankhafte ihrer Phantasien geht ihnen vollkommen ab. Hiermit stimmt es vollkommen überein, was zum Beispiel das Pariser Blatt „Oeuvre“ schreibt, nämlich, daß in der Tschecho-Slowakei die beste Paune herrsche. Man müsse den Verhandlungen mit den Sudetendeutschen keine große Wichtigkeit bei und glaube auch nicht, daß irgendein neues Ereignis eintreten könne.

Die Gefährlichkeit ihres Spiels ist also anscheinend den Tschechen durchaus noch nicht aufgegangen. Allerdings berichtet der „Oeuvre“ gleichzeitig auch, der Londoner Vorkämpfer Frankreichs habe dem Duval d'Orlay mitgeteilt, daß die britische Regierung sehr wenig verrietigt von der Weisheit Wensch und Dobsas sei, ihre anfängliche Fufage, auf der Grundlage der Denkschriften Autonomieforderungen zu verhandeln, jetzt wieder in Frage zu stellen. Man spricht deshalb auch in Paris, daß die tschechische Frage aber kurz oder lang wieder akut werden könnte, und daß London dann erneut energisch in Frage ansetzen würde. Wie der Empfang der Sokolen aus Wien der Weltöffentlichkeit vor Augen führt, läßt die tschechische Volkerverfassung allerdings einen erheblichen Raum für Befürchtungen offen.

### Ein zwei Seilen

Die Fäden der Politik sind nicht wie ein sorgsam gewebtes Filznetz mit gleichbleibenden Maschen und gleichbleibender Richtung der Garne; sie laufen auch nicht in der natürlichen Harmonie der kunstvollen Webstühle der Spinnerei, sondern lagern sich übereinander und untereinander, dicker und dünner, in ungleichmäßigen Linien. Wenigstens gilt das von unserem westlichen Nachbarn, der ein klares und einfaches System noch nicht wiedergefunden hat, selbst die auf Versailles aufgebaute Harmonie der Vergangenheit angehört. Das Paris von heute ist ein lachendes, lauzendes politisches Zentrum, und aus ein und demselben Rufnamen gehen Maßnahmen hervor, die im Widerspruch zueinander stehen. Auf welchem Felde hat sich Frankreich der englischen politischen Führung verschrieben. Den bevorstehenden englischen Königsbesuch will man zu einer Verbündung enger Verbundenheit mit dem britischen Empire aufhalten. Was den Südosten Europas angeht, so sind die Interessen Englands mehr wirtschaftlicher, die des Duval d'Orlay mehr politischer Natur. London bemüht sich zur Zeit hinter den Kulissen sehr stark um die Donauländer, und Frankreich steht es nicht ungern in der Ueberzeugung, daß die Briten dabei gleichzeitig die französischen Interessen wahrnehmen. Auch die englischen Verluste, die Vereinigten Staaten enger mit den Geschicken unseres Kontinents zu verknüpfen, entsprechen einem lebhaften Wunsch Frankreichs; ja, auf diesem Gebiete läßt es Paris nicht an der eigenen Initiative fehlen. Herwidertes jedoch liegen die Dinge im Hinblick auf Spanien. Unwillig folgt zwar Frankreich dem englischen Nichteinmischungswillen. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß dies nur mit halbem Herzen und starken inneren Vorbehalten geschieht. Vor zwei Jahren freilich, da war es Frankreich, da waren es der damalige Ministerpräsident Leon Blum und sein Außenminister Delbos, die die sogenannte Nichteinmischungspolitik mit einem „dringenden Appell“ an die interessierten Mächte einleiteten und die „eilige Anwendung und strenge Beachtung“ gemeinsamer Regeln der Nichteinmischung fordereten. Heute veröffentlicht derselbe Leon Blum, allerdings nicht mehr Ministerpräsident, Artikel im „Populaire“, in denen er sich bitter darüber beklagt, daß die Regierung Daladier die Kontrolle an der Pyrenäengrenze nach Spanien verliert habe. Man habe damit Mussolini ein Geschenk gemacht. Es wäre besser gewesen, so meint der französische Sozialdemokrat, die Verhinderung der Kontrolle als Austauschobjekt zur Besetzung des italienischen Rückzugs in der Hand zu behalten. An der Einstellung zu Italien verhält sich ganz offensichtlich eine Bruchlinie des englisch-französischen Einvernehmens. Mit Argwohn und Mißtrauen verfolgt Paris die Aussöhnung zwischen London und Rom. Die Franzosen haben den bitteren Geschmack im Munde, daß die englisch-italienische Annäherung ihre Interessen im westlichen Mittelmeer auf Spiel setze. Deshalb setzen sie in der Hinsicht die spanische Frage die Untereinander, die ja bekanntlich eine Voraussetzung für das Inkrafttreten des Pactes London-Rom ist, eine Taktik, die von dem Willen diktiert, Rom gegenüber spanische Trümpfe anspielen zu können. Sie zeigt aber auch, daß eine Befestigung der Beziehungen zwischen den beiden „lateinischen Schwestern“ immer noch in sehr weitem Maße liegt. Die spanische Frage stellt die Befriedigungswünsche der europäischen Staaten nach wie vor auf eine sehr erhebliche Bewährungsprobe, und die italienischen Vorwürfe sind völlig berechtigt, daß es Frankreich und immer wieder Frankreich ist, das eine solche Bewandlung der Schwerezustände hintertreibt.

Wem kann nun diese französische Taktik dienen? Ob Frankreich davon im Endergebnis Vorteile haben wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Sicher hingegen ist, daß das französische Verhalten einer Macht, die an sich im westlichen Mittelmeer nichts zu suchen hat, entgegenkommt. Das aber ist Sowjetrußland. Gerade die letzten Tage haben es gezeigt, daß Moskau noch nicht entschlossen ist, seine spanischen Stellungen zu liquidieren. Zwar hat man im Kreml allmählich die Hoffnung begraben, ein bolschewistisches Spanien und damit ein Sprungbrett zur Durchsetzung weltrevolutionärer Pläne zu gewinnen. Aber von Barcelona aus Verwirrung stiften, das kann man nach wie vor. Der jüngste unverdächtige Versuch dieser Art war die plumpe Drohung der rotspanischen Puppen Stalins, in Zukunft Luftangriffe Francos mit der Bombardierung italienischer Handelsstädte oder gar italienischer Städte zu erwidern. Daraufhin hat selbst Paris sich veranlaßt gesehen, keine russischen Freunde zu warnen. Denn wenn irgendwo die Drohung nicht den geringsten Eindruck machte, dann war es in Rom. Einfall und Gelassenheit gab Italien zu verstehen, daß die Streitkräfte des Imperiums nicht zögern würden, auf ein solches Verbrechen zu antworten; würden die russischen Nachbarn sich irgendwelche Uebergriffe der angeblichen Weile zuschulden kommen lassen, dann seien nicht die Tage, sondern die Minuten der letzten Rede der rotspanischen Herrschaft gezählt. Weder als die Spannungen Frankreichs und Englands dürfte die bolschewistische Weltöffentlichkeit den un-

## Einigung über den Rücktransport der Freiwilligen

England, Frankreich, Deutschland und Italien teilen die Kosten - Nur Moskau drückt sich

London, 28. Juni.

Die Diensttagung des Hauptinteraktionsausschusses der Nichteinmischungskommission hat das Ergebnis gebracht, daß England, Frankreich, Deutschland und Italien sich über die Frage der Finanzierung der Rückführung der Freiwilligen aus Spanien vollkommen geeinigt haben und sich in die Hauptkosten teilen wollen.

Die Sowjetunion, deren Vertreter auf der Sitzung fast bei jedem Punkte Einwände zu machen hatte, hat es abgesehen, einen Beitrag für die Unterbringung und Verpflegung der Freiwilligen in den Quarantänelagern in Spanien zu leisten. Die Sowjetunion hat sich lediglich bereit erklärt, ein Drittel der Kosten zu tragen, die durch Einlegung eines „Internationalen Ausschusses“ entstehen.

Die wenigsten Schwierigkeiten hat im Nichteinmischungsausschuss die Frage des Rücktransportes der Freiwilligen auf dem Seewege gemacht. Hier hat sich jede Regierung bereit erklärt, die Rücktransportkosten ihrer eigenen Staatsangehörigen zu tragen.

Die nächste Sitzung des Hauptinteraktionsausschusses ist für Donnerstag nachmittags anberaumt.

### François Bonnet war nicht bei Bonnet

Paris, 28. Juni.

Die Agentur Havas dementiert ihre Meldung vom Montag, monach Außenminister Bonnet den französischen Vorkämpfer in Berlin, Francois Bonnet, empfangen habe. Der Vorkämpfer befindet sich gegenwärtig auf seinem Posten.

## Kommunisten stapeln Waffen in Frankreich

Der gefährliche Rest der Lieferungen nach Sowjetspanien

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 28. Juni.

Nachdem die Regierung Daladier die Pyrenäengrenze für Waffentransporte nach Sowjetspanien geschlossen hat, wird von der reichsdeutschen „Liberte“ am Dienstagabend die interessante Frage angeschnitten, was denn nun mit dem Waffenmaterial werden soll, das die kommunistischen Helfer der Macht haben von Barcelona auf französischem Boden angestapelt haben. Das Blatt weiß zu berichten, daß der von der kommunistischen Partei zum Transport von Kriegsmaterial aller Art unterhaltene Wagenpark von 42 schweren Panzerwagen, der bisher in Bordeaux stationiert war, von dort nach Lille aufgebracht worden sei, wo er auf einem Gelände der kommunistischen Partei verborgen gehalten werde. Das Blatt gibt genau die Num-

mern der Panzerwagen an und fordert die Polizei auf, sowohl die Transportmittel als dem Waffenschwand der kommunistischen Partei überhaupt ihre Aufmerksamkeit zu schenken, die für den inneren Frieden Frankreichs eine reale Bedrohung Frankreichs darstellen. In anderen französischen Blättern kommt die Befürchtung zum Ausdruck, die kommunistische Partei werde nunmehr versuchen, einen großen illegalen Waffenhandel über die Grenze nach Sowjetspanien ins Leben zu rufen.

Stark beachtet wird in Paris ein Besuch, den am Dienstagabend Leon Blum dem Ministerpräsidenten Daladier abstattete. Angeblich hat Blum dem Ministerpräsidenten die Bedenken der französischen Sozialdemokraten gegen die Spanienpolitik der Regierung erneut dargelegt.

### Der Fall Duncan Sandys

London, 28. Juni.

Der Fall Duncan Sandys hat auch am Dienstag im Parlament eine Rolle gespielt. Premierminister Chamberlain nahm zu der Angelegenheit Stellung und teilte mit, daß die Regierung einen Untersuchungsausschuss einsetzen werde, um die Verdachtspunkte Sandys zu prüfen. Wie vom Kriegsministerium später amtlich mitgeteilt wurde, hat der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte, General Ironside, beauftragt, sofort ein Untersuchungsprotokoll einzulegen, das die Umstände prüfen soll, unter denen diese ganz geheime Information über die Luftabwehr bekannt geworden ist. Der „Evening Standard“ weist zu dem Falle in größter Aufmerksamkeit auf dem Kriegsministerium bekannt sei, wer Sandys das geheime Material über den Mangel an Blat-

geschüssen geliefert habe. Das Material Sandys komme aus einem völlig geheimen Dokument, das nicht nur Einzelheiten der Blatgeschäfte enthalte, sondern auch Produktionspläne und Anweisungen für die Vertriebswege. Nur höchstens fünf Personen hätten dieses Material gekannt. Günstigere Weise habe die Regierung trotz der Weigerung Sandys die Person feststellen können, die das geheime Material geliefert habe.

Staatschef Duce hat im Verlauf seiner Italienreise am Dienstag die Fluggesellschafts- und Luftverkehrskontrollen in Kaslo, ferner die Postkontrollen in Sabaudia beauftragt und anschließend Vittorio einen Besuch abgehalten. Der Staatschef der SA und seine Begleiter fanden bei der Villa und ihren Offizieren wie auch bei der Bevölkerung die herzlichste Aufnahme.